Streit um Direktorenposten

Schulen sind keine Wirtschafts-unternehmen

In Folge der massiven Kritik der Lehrergewerkschaften hat Bildungsminister Claude Meisch (DP) seinen Fachschul-Gesetzesvorschlag 7662 wieder in der Schublade verschwinden lassen – vorerst.

Text: Ingo Zwank • Fotos: Guy Jallay/Shutterstock

Wer kann sich in Zukunft Hoffnung auf einen freien Direktorensessel in den Fachschulen machen? Welche Voraussetzungen müssen die Bewerber mitbringen, um eine der spezialisierten Schulen führen zu können? Gemäß dem Sprichwort „Ein Blick ins Gesetz erleichtert die (Rechts-) Findung" legte Bildungsminister Meisch seinen Gesetzvorschlag vor, um die neuen Modalitäten vorzustellen. So sollen sich, nach dem Willen der Dreierkoalition, diese Schulführungsposten jetzt ebenfalls Quereinsteigern ohne fachliche Qualifikation im Bildungswesen eröffnen.

Eine Idee, die von den Lehrergewerkschaften als „bodenloser Affront" bezeichnet wird. Die Regierung versuche, unter dem Schutzmantel der Pandemie, im Eilverfahren still und heimlich eine äußerst zweifelhafte Reform durchzupeitschen, obwohl kein triftiger Grund für ein solches Vorgehen vorliege. „Das aktuelle System ist nicht perfekt, aber es funktioniert", sagt Gilles Everling, Präsident der Association des Professeurs de l'Enseignement Secondaire et Supérieur du Grand-Duché de Luxembourg (APESS). Die auf eine Dauer von sieben Jahre eingesetzten Direktoren seien zwar fast immer die jeweiligen Wunschkandidaten des Ministeriums, aber sie stammten aus der Branche und verfügten über entsprechendes Fachwissen.

Es geht nicht ums Geld

Schließlich sind die öffentlichen Schulen kein Betrieb, kein Wirtschaftsunternehmen. Es geht nicht darum, in der Schule Geld zu verdienen. Es geht um Wissensvermittlung für unsere Kinder", stellt Everling klar. Diese Einschätzung teilen



auch andere Gewerschaftler. Jessica Thiel, Vizepräsidentin der Gewerkschaft für das Personal, das sich um Kinder mit speziellen Bedürfnissen kümmert (SPEBS), sagt: „Vor allem in unserem Bereich basiert die Arbeit auf einer intensiven Bindungen zu den Kindern. Wenn hier nun alles im Rahmen einer Liberalisierung geöffnet wird und Management und Rentabilität in den Vordergrund rücken, bleibt das Recht auf Schulbildung für alle auf der Strecke. Unsere Strukturen für Schüler mit besonderen Bedürfnissen werden dann wieder als erste vergessen."

Hitzige Debatten, reger E-Mail-Verkehr gepaart mit Gruppen- und Interessengründungen in den sozialen Netzwerken und die Mobilisierung der Medien folgten. Bildungsminister Meisch lenkte daraufhin hin abrupt ein. Er hielt es nicht mehr für angebracht, am 18. im Parlament über den Text abzustimmen. Auch der Vorsitzende der parlamentarischen Bildungskommission, Gilles Baum (DP), räumt ein, dass in diesem Dossier die Kommunikation nicht optimal gelaufen sei. „Es gibt Klärungsbedarf", kommentiert Baum die Entwicklung, die er mit „ungesunder Dynamik" umschreibt.

So verlief ein spontan einberufenes Gespräch mit der Staatsbeamtengewerkschaft CGFP am 17. November nach Stellungnahme aus dem Ministerium recht konstruktiv. Man habe in vielen Punkten ein Einvernehmen erreicht, unter anderem darüber, dass die Bewerber um eine solche Direktorenstelle in den Fachschulen sowohl pädagogische Kompetenzen als auch Fachkompetenzen nachweisen müssen.

Ebenfalls seien Bedenken, dass es zu einer weiteren Liberalisierung mit Ausweitung auf

die restlichen Sekundarschulen oder gar Aushöhlung des gesamten öffentlichen Dienstes kommen könnte, ausgeräumt worden. Was auch der Vorsitzende der Bildungskommission Gilles Baum unterstreicht. Betroffen seien, wie im Gesetzestext festgehalten, das Lycée technique pour professions de santé (LTPS), das Lycée technique pour professions éducatives et sociales (LTPES), das Lycée technique agricole (LTA) und die École d'Hôtellerie et de Tourisme du Luxembourg (EHTL).

Von Klärung kann auf Oppositionsseite keine Rede sein. „Wir halten weiter an unseren Bedenken fest", betont CVS-Fraktionschefin Martine Hansen. Dass mit diesem Gesetz ein Staatsbeamter, der vom Unterrichtswesen und auch von schulorganisatorischen Dingen keine Ahnung habe, Schuldirektor werden könne, sei ein unhaltbarer Umstand.

Gute gewerkschaftliche Zusammenarbeit

In das gleiche Horn stoßen die Lehrergewerkschaften. Ein Lyzeum müsse nun einmal auf kompetente, fachgerechte Art und Weise geleitet werden, unterstreicht APESS-Präsident Gilles Everling. Die Gefahr der Vetternwirtschaft durch Platzierung von Parteimitgliedern beziehungsweise engen Vertrauten oder Freunden von Regierungsmitgliedern müsse vermieden werden. Damit gehöre das Gesetz auch nicht nur auf Eis gelegt, sondern komplett vom Tisch genommen.

Eine ablehnende Haltung nimmt die Lehrergewerkschaften ebenfalls gegenüber dem Gesetzesprojekt 7658 ein. Hier soll auch die Rekrutierung der Direktoren des Institut de formation de l'éducation nationale (IFEN) oder auch des Service de coordination de la recherche et de l'innovation pédagogiques et technologiques (Script) aus dem Privatsektor möglich gemacht werden. SPEBS-Vorstandsmitglied Jerry Hartung resümiert die aktuelle Lage wie folgt: „Mit Schulministerin Mady Delvaux-Stehres konnte man Argumente austauschen, es war eine Zusammenarbeit möglich. Mit seiner Vorgehensweise hat Minister Meisch den Sektor aber um Jahre zurückgeworfen." Wie dieses Vorgehen aussieht, habe die Lehrerschaft bereits bei der Abschaffung der Lehrerkomitees erfahren müssen. „In einem Gesetz taucht unter Artikel XY ein Satz auf, der dort quasi untergeht, aber weitreichende Folgen hat", erläutert Gilles Everling. Er appelliert eindringlich an die Abgeordneten, doch vor den Abstimmungen im Parlament bei Projekten mit sichtlicher Tragweite das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen, „um Unkenntnisse auszuräumen."

Einen positiven Aspekt hat die Deabtten rund um die Direktorenposten für Jessica Thiel, die SPEBS-Vizepräsidentin, dennoch: „Wir als Gewerkschaften sind in einen recht intensiven Austausch gekommen und haben sehr effektiv zusammengearbeitet."



„Das aktuelle System ist nicht perfekt, aber es funktioniert."

APESS-Präsident Gilles Everling sieht keinen triftigen Grund für das Vorgehen von Minister Meisch